

3.6NEU Verwaltung, Finanzen, Kommunales – modern, effizient, bürgernah

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

Status: Modifiziert

1 **Verwaltung**

2 Die Landespolitik hat es bisher versäumt die Verwaltung modern aufzustellen und auszustatten sowie
3 transparenter zu gestalten. Wir wollen die Verwaltung fit für den demographischen Wandel machen und
4 modernisieren. Starke Gemeinden und Amtsgemeinden sollen in Zukunft das Eingangstor zur gesamten
5 Verwaltung sein, also auch für Angebote der Kreis- und der Landesverwaltung. Gemeinsam mit den neuen
6 Chancen des E-Government wollen wir so eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand
7 schaffen – mit kurzen Wegen für die Bürgerinnen und Bürger. Der Gang zum Amt wird somit in den meisten
8 Fällen überflüssig. Darüber hinaus wird Verwaltungshandeln insgesamt schneller, kostengünstiger und
9 transparenter. Die anstehende Digitalisierung von immer mehr Verwaltungsvorgängen wollen wir nutzen
10 um die Transparenz zu stärken. Im Rahmen eines Transparenzgesetzes wollen wir ein zentrales Datenportal
11 einrichten, in welchem alle nicht-personenbezogene oder geheim eingestuft Informationen für alle
12 Bürgerinnen und Bürger öffentlich abrufbar sind (Open Data-Portal). Bei der Modernisierung der
13 Verwaltung sind für uns Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz zwingende
14 Voraussetzungen. (siehe Kapitel Digitalisierung und Demokratie)

15 Die Verwaltungsstrukturen im Land wollen wir langfristig so ordnen, dass die staatlichen Aufgaben
16 dauerhaft finanzierbar bleiben. Wichtig ist uns hierbei, dass die kulturelle Identität der kleineren Städte
17 und Dörfer trotzdem erhalten bleibt und gefördert wird. Zwangsfusionen von Gemeinden sind nicht nötig
18 und werden von uns abgelehnt. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir auch weiterhin unterstützen. Die
19 Ämter wollen wir zur brandenburgischen Amtsgemeinde weiterentwickeln, mit direkt gewählten
20 Bürgermeister*innen und Bürgermeistern sowie Amtsgemeindevertretungen. Deutlich ausweiten wollen
21 wir die demokratischen Mitbestimmungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und
22 Bürger. (siehe Kapitel Demokratie) Mit Berlin wollen wir die Zusammenarbeit deutlich ausweiten. Während
23 das gemeinsame Tarifgebiet des VBB und der Rundfunk Berlin-Brandenburg gute Beispiele der
24 Zusammenarbeit abgeben, gibt es in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Energie Nachholbedarf. Ein
25 gemeinsames Bundesland Brandenburg-Berlin sehen wir grundsätzlich positiv, kann es derweil aber nur
26 geben, wenn die Bevölkerung beider Länder per Volksentscheid die Fusion befürwortet und zentrale
27 Fragen - wie insbesondere der Umgang mit der milliarden schweren Verschuldung beider Länder – vorab
28 geklärt wurden.

29 **Haushaltspolitik**

30 Die gute Konjunktur der letzten Jahre wirkt sich auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte
31 insgesamt sehr positiv aus. Alleine der Landeshaushalt Brandenburg hatte 2017 ein Steuereinnahmenplus
32 von 390 Mio. EUR gegenüber 2016. Seit 2010 wurden keine neuen Schulden gemacht. Durch
33 Haushaltsüberschüsse konnte die Verschuldung zudem leicht gesenkt werden, ist mit 18 Mrd € aber immer
34 noch extrem hoch. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen werden
35 weiter steigen. Während für 2017 noch 8,5 Mrd. EUR veranschlagt wurden, wird dieser Betrag 2020 die 10
36 Mrd.-Grenze übersteigen.

37 Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht, dass die Landesregierung in den
38 letzten Jahren nicht einmal den Werteverzehr bzw. die Abnutzung an der öffentlichen Infrastruktur ersetzt
39 hat. Zugleich gefährdet sie durch massiven Personalabbau in Behörden, Polizei und Justiz des Landes deren
40 Funktionieren. Unverändert bedrohen Risiken wie langfristig wieder steigende Kreditzinsen oder die durch
41 die Verbeamtungstrategie der 90er Jahre rapide anwachsenden Pensionslasten zukünftige Haushalte.

42 Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht. D.h. deren Einnahmen decken die
43 Ausgaben auch bei sparsamster Haushaltsführung nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Ohne
44 Finanzhilfen des Landes kommen sie wahrscheinlich nie auf einen grünen Zweig. Die hohen
45 Rekultivierungskosten der Braunkohletagebaue bergen genauso wie mögliche Folgekosten für den
46 künftigen Flughafen BER weitere finanzielle Risiken für den Landeshaushalt.

47 Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass die Ausgaben für Konsum und Verbrauch immer stärker ansteigen.
48 Hingegen sank die Investitionsquote von 17 % im Jahr 2010 auf nur noch 10% im Jahr 2016. Öffentliche
49 Investitionen, der Zustand der Straßen, der Grad der Digitalisierung und die Qualität der
50 Bildungseinrichtungen sind aber wesentlich für die finanziellen Möglichkeiten von morgen. Zugleich
51 steigen die Ausgaben für Personal, Pensionszahlungen und eingegangenen Versorgungsverpflichtungen.
52 Unser Vorschlag die durch Verbeamtungen eingesparten Rentenversicherungsbeiträge zur
53 Pensionsvorsorge in die Schuldentilgung zu stecken wurden von rot-rot abgelehnt.

54 Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich und zahlenmäßig wachsenden Hauptstadtregion und eines
55 dauerhaft höheren Haushaltsbudgets können jetzt die Chancen viel stärker genutzt werden, um den sich
56 abzeichnenden Risiken in der Zukunft erfolgreich begegnen zu können. Wir wollen mehr Mittel für die
57 Bereiche Qualität und Einstieg in die Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung, Bildung, Umwelt und Justiz
58 zur Verfügung stellen und fordern deutlich mehr Investitionen in den ÖPNV und den Breitbandausbau. Die
59 Kommunen in Brandenburg müssen ihre volle finanzielle Souveränität wieder erlangen können und im
60 Berliner Umland das Wachstum meistern. Wir wollen den Werteverzehr im Landeshaushalt transparent
61 machen und dafür das Landesvermögen inventarisieren. Dadurch würde später auch eine Umstellung der
62 Buchführung auf ein Verfahren möglich das den Verzehr deutlicher darstellt (Ablösung der Kameralistik
63 durch Doppik). Daneben wollen wir die Schuldenbremse in der Verfassung verank und die Schuldentilgung
64 nach einem regelbasierten Plan vorantreiben. Die Versorgungsgelder wollen wir nachhaltig anlegen (siehe
65 Schlüsselprojekt Faire und friedliche Welt). Um transparent zu machen wie die Geschlechter von den
66 Ausgaben des Landes profitieren, wollen wir wie in Berlin ein Genderbudgeting einführen.

67 **Brandenburgs Kommunen**

68 Brandenburgs Kommunen erbringen täglich enorme Leistungen für die Dinge, die das Leben der Menschen
69 vor Ort lebenswert machen: gute Kitas und Schulen, sauberes Trinkwasser, Müllbeseitigung, gepflegte
70 Grünanlagen, Gesundheitsversorgung, die Gemeindebücherei, schnelles Internet, der Bus vom Dorf in die
71 nächste Stadt und vieles mehr. All das sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die unsere Städte,
72 Gemeinden, Dörfer und Landkreise auch in Zukunft zuverlässig erbringen sollen. Die kommunale
73 Finanzkraft ostdeutscher Kommunen lag 2016 jedoch nur bei durchschnittlich 56% der West-Kommunen.
74 Dazu kommen die unterschiedlichen Entwicklungen der Kommunen innerhalb Brandenburgs, auf die die
75 Kommunen nur wenig Einfluss haben. Derzeit befinden sich rund 20 % der brandenburgischen Kommunen
76 in der Haushaltssicherung, d.h. die Einnahmen decken die Ausgaben auch bei sparsamster
77 Haushaltsführung nicht und Rücklagen stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommen kommunale
78 Kassenkredite von knapp 750 Mio. €. Die rot-rote Landesregierung will das Problem mit einer höheren
79 Verbundquote (Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen) lindern und hat angekündigt den
80 Sozillastenausgleich von 20 auf 60 Mio € zu erhöhen. Letzteres ist bei einer Gesamtsumme von 2 Mrd. €
81 aber viel zu wenig und der Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen kann mit beiden
82 Maßnahmen nicht gelingen. Hinzu kommt eine angestrebte Teilentschuldung, die wir für unzureichend
83 halten. Wir wollen die kommunale Ebene dauerhaft besser finanzieren, indem wir nach dem Vorbild
84 Thüringens den Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen über einen Bedarfsansatz ermitteln, die
85 Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen stärken und bei der sogenannten
86 Einwohnerveredelung den Fokus auf die Zentrums- bzw. Dienstleistungsfunktion für das Umland lenken
87 wollen. Mit einer solchen nachhaltigen Finanzausstattung der Kommunen wollen wir die kommunale
88 Selbstverwaltung wieder mit Inhalt füllen, die nötigen Finanzmittel für freiwillige Leistungen sicher
89 stellen und damit die Kommunen wieder zur Basis unserer Demokratie machen.